

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.—Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.—Mk., für einen Monat 5.—Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4598. — **Postfachkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 18893. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon** 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.00 Mk. bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familienanzeigen für die Zeile 1.70 Mk. Klame-Kolonelleise 7.50 Mk. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Ein zughafter Schritt gegen die Ruhr-Schandjustiz.

Gegen den Belagerungszustand.

Antrag der Unabhängigen Sozialdemokratie in der Nationalversammlung.

Berlin, 20. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Unsere Fraktion hat gestern in der Nationalversammlung in später Abendstunde noch einen Dringlichkeitsantrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes eingebracht. Das Verbot unseres Parteiorgans in München, die Behinderung der Pressefreiheit, die Briesspionage und Ueberwachung der Ferngespräche bedeutet eine unerhörte und unerlaubte Wahlbeeinflussung. Es wird deshalb für die Wähler von großem Interesse sein, zu erfahren, welche Parteien es wagen werden, bei der heutigen Verhandlung des Antrages gegen die Aufhebung des Belagerungszustandes zu stimmen.

Was ist mit der Reichsliste der Rechtssozialisten?

Berlin, 20. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In parlamentarischen Kreisen gehen über die Reichsliste der Rechtssozialisten Gerüchte um, die besagen, daß auf der Reichsliste der Rechtssozialisten sich alle die kompromittierten Namen wie Kosske, Heine, ja selbst Vandenberg und Sildewitz befinden. Treffen diese Nachrichten zu, so ist es leicht verständlich, daß die Rechtssozialisten bisher so schamhaft die Namen ihrer Reichsliste verschwiegen haben!

Die Rechtssozialisten werden ihre Reichswahlkreise schleunigst bekannt geben müssen, wenn nicht der Verdacht Gewisheit werden soll, daß sie ihre Wähler über den Köpfen barbarieren, daß sie die Kasse, Heine usw. gewissermaßen hinter dem Rücken der Wähler in den Reichstag schmuggeln wollen.

Die Reichsliste der Demokraten.

Berlin, 20. Mai. (Eigene Drahtmeldung der Leipz. Volkszeitung.) Die demokratische Reichsliste wird heute bekannt. Sie beginnt mit dem Namen des Senators Petersen, des Vorsitzenden der Deutschen demokratischen Partei. In erster Reihe stehen weiter auf der Liste Gehler, Reichswehrminister, das Präsidialmitglied des Zentralverbandes für den deutschen Großhandel, Keimath, der frühere Führer der Jungsozialisten, Dr. Fischer, der württembergische Kultusminister Heber, ebenso der Historiker Professor Dr. Walter Ernst und des früheren Gouverneurs von Kurland, v. Truppel.

Wie die Deutschnationalen ihren Wahlfond füllen.

Berlin, 20. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Vorwärts veröffentlicht heute ein vertrauliches Schreiben der Deutschnationalen Partei an ihre Mitglieder. In diesem Wahlaufruf fordert die Deutschnationale Partei die Großgrundbesitzer Pommerens auf, größere Summen von Geldern für die deutschnationale Wahlpropaganda zur Verfügung zu stellen. Dem Schreiben liegt eine Erklärung bei, in der es heißt:

„Ich erkläre mich einverstanden, den Betrag meiner gesamten vorläufigen Einkommensteuer mit dem Zuschlag für 1920 als einmalige freiwillige Spende zum Wahlfond der Deutschnationalen Partei in Höhe von Mark . . . dem Deutschnationalen Kreisverein in Berlin bis spätestens zum 25. d. M. auf sein Konto Kreisparasse Nr. 52 einzuzahlen (das nicht gewünschte bitten wir zu durchstreichen).“

Zu dem Aufruf heißt es dann: Wir bitten Sie, uns die beiliegende Erklärung innerhalb acht Tagen zuzusenden zu wollen. Sollten wir bis zum 15. d. M. weder eine zustimmende noch eine ablehnende Antwort erhalten haben, so nehmen wir an, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir zur Abhilfe des bestehenden Notstandes zunächst 1000 Mk. durch Postnachnahme von Ihnen erheben. Unterzeichnet ist der Aufruf von pommerischen Landjüngern, u. a. von Gerlach auf Parslow.

Die Deutschnationalen legen den Großgrundbesitzern eine Wahlsteuer nach Tausenden auf, die Deutsche Volkspartei fädelte die Millionen der Großindustriellen ein — die Arbeiterklasse muß diesen gewaltigen kapitalistischen Geldströmen mit der Solidarität und der Opferwilligkeit von Millionen Händen zu begegnen wissen! Arbeiter, Männer und Frauen, werdet für eure Partei und geduldet des Wahlfonds!

Internationale Anleihe für Deutschland.

London, 19. Mai. Es wird mitgeteilt, daß die Pläne für eine internationale Anleihe für den Wiederaufbau der deutschen Industrie jetzt in Sythe endgültig geregelt worden sind. England, Frankreich, Italien, Belgien, die Vereinigten Staaten, Holland,

Dänemark und Spanien werden sich an dieser Anleihe beteiligen. Die Einzelheiten der Anleihe werden in der finanziellen Konferenz in Paris, wo auch die deutschen Delegierten anwesend sein werden, verhandelt.

Vom russisch-polnischen Kriegsschauplatz. Ein Vorstoß der Russen im Norden.

Berlin, 20. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Vorwärts meldet aus Stockholm: Nach einem Moskauer Funkpruch aus Witebsk hat die rote Armee bei Polozk die Dina überschritten. Die polnischen Banden ziehen sich zurück. Die Bevölkerung begrüßte die rote Armee, die sie vom Joch der polnischen Magnaten befreite, freudig. Die Polen melden von der Dina, daß die rote Armee fünf Millionen Mann zusammengezogen hätte. Bei Kiew seien die roten Truppen zurückgeschlagen worden.

Wie zu erwarten war, berichten die ukrainischen Meldungen bereits über Greuelthaten polnischen Militärs gegen ukrainische Volksteile. Eine amerikanische Handelsdelegation nach Sowjetrußland ist nach einem Moskauer Funkpruch angeklagt worden.

Die Delegierten Sowjetrußlands in London besuchten am Montag das britische Ministerium des Aeußern und nahmen an einer Konferenz in dem Bureau des Obersten Rates teil. Sie versprachen, sich auf keinerlei Interview einzulassen und keine politische Propaganda in England zu treiben. Daily Mail erfährt, die britische Regierung habe demjenigen englischen Geschäftsleuten ihren Schutz zugesagt, die Verhandlungen mit den Russen einleiten wollen.

Verhandlungen zwischen Rußland und Armenien.

Amsterdam, 10. Mai. Nach einer Konstantinopeler Meldung der Times berichtet ein armenisches Blatt, daß die russische Regierung Armenien die Annäherung amtlicher Beziehungen vorge schlagen und sich dabei erboten hat, Armeniens Souveränität anzuerkennen. Die armenische Regierung hat Delegationen ernannt, die bereits die Grenze nach Sowjet-Rußland passiert haben.

Unabhängige als Landräte.

Berlin, 20. Mai. (Z. M.) Auf Vorschlag des Oberpräsidenten Hörsing ist der unabhängige Reichstagsabgeordnete Raute zum Landrat von Bitterfeld mit der unabhängigen Redakteur Kasparek (Halle) zum Landrat von Sangerhausen ernannt worden. Die Ernennungen entsprechen einem Antrag des Reichstages.

Beibehaltung der Zwangswirtschaft.

Berlin, 10. Mai. Der Reichsrat hat heute die neue Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 angenommen. In dieser Ordnung wird an der Zwangsabwicklung sämtlicher Getreidearten festgehalten; auch der Kaiser unterliegt wiederum der Zwangswirtschaft. Die neue Verordnung über die Versorgung mit Getreide ist ebenfalls von der freien Wirtschaft mit der bestimmten Systemänderung ab.

Blutige Zusammenstöße zwischen Landarbeitern und Gutsbesitzern.

Berlin, 20. Mai. (Z. M.) In Pommern zogen freilebende Landarbeiter aus, um die Gutsbesitzer, die selbst pflügen, an der Arbeit zu hindern. Es kam zu blutigen Zusammenstößen. Wie von anderer Seite gemeldet wird, kam es bei Jämlersdorf zu einer heftigen Schlägerei, wobei es 2 Tote und 13 Verletzte gab. Unter den Verletzten befindet sich der Führer der Arbeiter, Schulz.

Hungerdemonstration in Böhmen.

Prag, 18. Mai. Nach einem Bericht der Bohemia kam es in Hohenelbe zu Hungerdemonstrationen, bei denen der Bezirkshauptmann verwundet wurde. Mehrere Sicherheitsoldaten und Gendarmen wurden entwaffnet und zum Teil mißhandelt.

Landarbeiterunruhen in Italien.

Mailand, 18. Mai. Corriere della Sera meldet, daß in San Michele al Tagliamento in der Provinz Venedig einige hundert Landarbeiter das Gemeindefaß besetzten, weil ihnen die Behörden die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung verweigerten. Das Gebäude wurde vollkommen zerstört.

Araberüberfälle in Beirut.

Kairo, 19. Mai. Nachrichten aus Beirut zufolge hat der Araber Stamm der Mitwallis die Städte Tyrus und Sidon erneut angegriffen. Die Franzosen haben Truppen zur Verstärkung abgelandet; die Bevölkerung von Tyrus und Sidon hat sich nach Beirut geflüchtet.

Wieder eine Halbheit!

Berlin, 20. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Zu der Verfügung der Reichsregierung über die Einschränkung der Tätigkeit der außerordentlichen Kriegsgerichte im Ruhrgebiet, die die Freiheit als einen Erfolg der Kritik der Presse unserer Partei bucht, erfährt unser Berliner Korrespondent noch folgende Einzelheiten: Es war der preussischen Regierung und dem Staatskommissariat für öffentliche Ordnung seit einiger Zeit bekannt, daß die Zustände im Ruhrgebiet, soweit sie die Rechtsprechung der außerordentlichen Kriegsgerichte betrafen, unhaltbar geworden waren. Die Ursache war vor allem der unglückselige Geläch des demokratischen Reichsjustizministers Dr. Vinck, der die Tätigkeit der Gerichte in einer Weise regelte, die zu den ungeheuerlichen Urteilen führen mußte. Mehrfache Verhandlungen beim Reichspräsidenten und mit dem Reichskabinett haben bezüglich der Entsendung der Kommission und nach deren Rückkehr zur Revision der ungeheuerlichen Rechtsprechungen der außerordentlichen Kriegsgerichte geführt. Es ist nicht unwichtig, zu erfahren, daß zum mindesten einzelne Ressorts der preussischen Regierung sich mehrfach eifrig und energisch beim Reichspräsidenten für die Aufhebung des Belagerungszustandes eingesetzt, aber stets am Widerstand des Reichsministeriums des Innern gescheitert sind. Die offizielle Mitteilung der Reichsregierung scheint übrigens in ihrer vorläufigen Formulierung nicht alle die Maßnahmen wiederzugeben, die in der Tat notwendig waren, um die ungeheuerliche Massenjustiz der außerordentlichen Kriegsgerichte auch nur einigermaßen mit dem Rechtsempfinden des Volkes in Einklang zu bringen.

Die oben erwähnte Mitteilung der Reichsregierung lautet:

Die Tätigkeit und die Rechtsprechung der im Ruhrgebiet eingesetzten außerordentlichen Kriegsgerichte hat in letzter Zeit einen Umfang und einen Charakter angenommen, die den für ihre Einsetzung maßgebenden Gründen und der Rechtsauffassung der Reichsregierung nicht mehr in vollem Umfang entsprechen. Die Regierung hat daher zur Prüfung der Lage besondere Kommissare des Reichsministers des Innern, des Reichsjustizministers und der beteiligten preussischen Ministerien ins Ruhrgebiet entsandt und auf Grund des Ergebnisses dieser Besichtigungen Anweisungen erlassen, die die Tätigkeit der Angeordneten bei diesen Gerichten neu regeln, die Kreisabgrenzung der Zuständigkeiten, ohne hinderlichen Grund oder wegen geringfügiger Vergehen verhafteten Personen verfügen und die Tätigkeit der außerordentlichen Kriegsgerichte wesentlich einschränken. Insbesondere ist bestimmt worden, daß alle noch in Haft befindlichen Personen, welche vor dem 2. April 1920 in Abwesenheit des rechtmäßigen Angeklagten der Kapp-Verste auf die Verhaftung an sich strafbare Handlungen begangen haben, mangels Beweises der Rechtswidrigkeit sofort aus der Haft entlassen werden.

Zur Vorklärung der Durchführung werden sofort besondere Beamte der Justizverwaltung entsandt werden, um an Ort und Stelle über die sofortige Entlassung Entscheidung zu treffen. Als Vorgesetzter sämtlicher Angeklagter ist ein besonderer Generalstaatsanwalt eingesetzt worden, dem die Anklageverreiber in allen Angelegenheiten Folge zu leisten haben. Die außerordentlichen Kriegsgerichte sollen möglichst bald abgebaut werden.

Zunächst wird ihre gegenwärtige Zuständigkeit erheblich verringert und auf schwere gemeingefährliche Delikte beschränkt. Für bereits ergangene Urteile ist eine beschleunigte Nachprüfung eingeleitet worden; im Gnaueuwege sollen die verhängten Strafen für nicht gemeingefährliche Delikte aufgehoben und die Aussetzung der Strafvollstreckung veranlaßt werden. Die Vollstreckung von 154 Standgerichten-Lobesurteilen ist bereits durch frühere Verfügung des Reichspräsidenten ausgesetzt und die Nachprüfung dieser Fälle im Wege des gesetzlichen Gerichtsverfahrens angeordnet worden.

Endlich also ein Schritt gegen die Schandjustiz der außerordentlichen Kriegsgerichte im Ruhrgebiet. Er kommt mehr als spät! Und er ist noch durchaus unzureichend — ein trauriges Kompromiß, das die Koalitionsregierung zusammengeschlossen hat. Die einzige befriedigende Maßregel wäre die Aufhebung des Belagerungszustandes, die die außerordentlichen Kriegsgerichte gänzlich beseitigt, und eine umfangreiche Amnestie für ihre bisherigen Opfer — wobei gemeine Verbrechen ausgenommen werden könnten. Aber zu einem solchen konsequenten, radikalen Schritt wagt die Jolkregierung in Berlin das Messer nicht anzusetzen. Dazu flocht ihr die Furcht vor dem Spartakismus, die den Rechtsputzschnecken das Spiel so sehr erleichterte, zu arg in den Knochen.

Aber man mußte schon um der Wahlen willen etwas tun. Wenigstens die Rechtssozialisten, denen die letzten Arbeiterwähler davonzulaufen drohten, wenn die Schandpraxis im Ruhrgebiet, diese außerordentliche Nachschub gegenrevolutionärer monarchistischer